



31. Januar 2025

Schwerpunkte der Winterteilsession der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 2025

Vom 27. bis zum 31. Januar fand in Strassburg die erste Teilsession 2025 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) statt. Geprägt war diese Wintersession von Dringlichkeitsdebatten über ein neues Übereinkommen zum Schutz des Anwaltsberufs, die Notwendigkeit freier und gerechter Wahlen in Belarus und das europäische Engagement für Frieden in der Ukraine.

Themen

1. Schwerpunkte der Teilsession | 2
2. Wortmeldungen von Mitgliedern der Schweizer Delegation | 4
3. Ansprachen vor der parlamentarischen Versammlung | 6
4. Wahl von Richterinnen und Richtern des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) | 6
5. Besondere Anlässe | 7

1. Schwerpunkte der Teilsession



Der Präsident der Versammlung Theodoros Rousopoulos mit Generalsekretär Alain Berset © CoE

Zu Beginn der Session wurde PVER-Präsident Theodoros Rousopoulos (Griechenland, EPP) für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Eine der Prioritäten seiner ersten Amtszeit hatte darin bestanden, die Sichtbarkeit des Europarates und der PVER zu erhöhen. «Wir müssen sichtbarer sein. Nicht unserer selbst wegen, sondern wegen der Prinzipien, für die wir uns engagieren», unterstrich er in seiner Eröffnungsrede.

Dringlichkeitsdebatten

Die PVER führte in dieser Session Dringlichkeitsdebatten über die drei Themen Schutz des Anwaltsberufs, freie und faire Wahlen in Belarus und europäisches Engagement für Frieden in der Ukraine.

Die PVER hatte das Ministerkomitee 2018 [aufgerufen](#), ein Übereinkommen über den Schutz des Anwaltsberufs auszuarbeiten und zu verabschieden. Seit Januar 2022 arbeitet ein Expertenkomitee an einem Rechtsinstrument, das den Schutz

des Anwaltsberufs und das Recht auf dessen freie und ungehinderte Ausübung stärken soll. Das Ministerkomitee beschloss an seiner Sitzung vom 11. Dezember 2024, der PVER den [Entwurf](#) eines **Übereinkommens über den Schutz des Anwaltsberufs** zur Stellungnahme zu unterbreiten. Die Versammlung begrüßte diesen Entwurf und betonte, dass Anwältinnen und Anwälte eine wichtige Rolle im Rechtswesen einnehmen und von grosser Bedeutung für das Vertrauen der Menschen in das Rechtssystem sind. Sie bedauerte allerdings, dass der Entwurf keine Bestimmungen über die geheime Überwachung von Anwältinnen und Anwälten enthält, und verlangte eine zusätzliche Klausel, die es den Staaten untersagt, Vorbehalte zu dem Übereinkommen einzulegen. So soll die vollständige Umsetzung sichergestellt werden.

Die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Belarus riefen viele Reaktionen in der PVER hervor, weshalb sich die zweite Dringlichkeitsdebatte mit der **Notwendigkeit freier und fairer Wahlen in Belarus** befasste. Zum Auftakt der Debatte hatte die Präsidentin der neuen Delegation der demokratischen belarussischen Kräfte Gelegenheit, sich vor der Versammlung zu äussern. Anschliessend verabschiedete die PVER eine **Resolution**, in der sie das aktuelle Regime in Belarus als illegitim bezeichnet und das Abhalten demokratischer Wahlen fordert. Zudem bekräftigte sie ihre Unterstützung für die demokratischen Kräfte in Belarus. Anknüpfend an die **Resolution 2530** beschloss die PVER, Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen belarussischen Kräfte ab der Session von Januar 2025 die Teilnahme an ihren Arbeiten zu ermöglichen. Die belarussische Delegation kann sich nun aktiv an den Beratungen auf Kommissions- und Netzwerkebene beteiligen.

Ausnahmsweise führte die Versammlung eine **dritte Dringlichkeitsdebatte** durch. Thema dieser Debatte war **das europäische Engagement für Frieden in der Ukraine**. Mit der Annahme einer **Resolution** bekräftigte die PVER ihre vorherigen Beschlüsse über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und verurteilte sie diesen Krieg erneut aufs Schärfste. Zudem forderte sie die Mitgliedsstaaten, die europäischen Institutionen und die betroffenen internationalen Partner auf, sich für einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine einzusetzen.

Ratifikation der Beglaubigungsschreiben

Jeweils zu Beginn jeder ersten Teilsession hat die PVER die Beglaubigungsschreiben der nationalen Delegationen zu ratifizieren (d. h. deren Zusammensetzung zu bestätigen). Zahlreiche Versammlungsmitglieder verweigerten ihre Zustimmung zur Ratifikation der georgischen Delegation. Gestützt auf den von Iulian Bulai (Rumänien, ALDE) präsentierten **Bericht über die Beobachtung der georgischen Parlamentswahlen** vom 26. Oktober 2024 wurden Zweifel daran geäussert, ob die Wahlergebnisse tatsächlich den Willen der Wählerschaft abbilden. Der Bericht befasst sich zudem mit der starken Polarisierung der Gesellschaft, den Bedenken hinsichtlich der Transparenz und der Fairness des Wahlverfahrens sowie der Politisierung der öffentlichen Institutionen. Im Weiteren ist darin die Rede davon, dass Wählerinnen und Wähler sowie Aktivistinnen und Aktivisten eingeschüchert und unter Druck gesetzt wurden. Nach einer

Plenardebatte ratifizierte die PVER die Beglaubigungsschreiben der georgischen Delegation mit gewissen Vorbehalten. Sie forderte Georgien insbesondere auf, in den kommenden Monaten neue Parlamentswahlen durchzuführen und dabei eine faire Wahl sicherzustellen. Die Versammlung fordert des Weiteren die Freilassung politischer Gefangener. Ausserdem hob die Versammlung gewisse Rechte der Mitglieder der georgischen Delegation auf, um ihre Ablehnung der Polizeigewalt und anderer Menschenrechtsverletzungen in Georgien zum Ausdruck zu bringen. Nach dieser Debatte und der Annahme der **Resolution** über die Vorbehalte gegenüber der Ratifikation ihrer Beglaubigungsschreiben durch die PVER beschloss die georgische Delegation von sich aus, sich aus der Versammlung zurückzuziehen. Sie bekundete aber die Absicht, die Zusammenarbeit mit dem Europarat fortzusetzen.

Partner für die Demokratie

Die erste Teilsession bot der Versammlung auch Gelegenheit, den Status der Delegation von Marokko, die seit 2011 Partnerin für die Demokratie ist, zu überprüfen. Die Partnerschaft mit Marokko wird von der parlamentarischen Versammlung, dem Büro und der Kommission für politische Angelegenheiten und Demokratie als positiv erachtet, weshalb entschieden wurde, der marokkanischen Delegation neue Rechte einzuräumen. Diese wird im laufenden Jahr die Möglichkeit haben, unter gewissen Voraussetzungen Empfehlungen, Resolutionen, Änderungsanträge und schriftliche Erklärungen einzureichen sowie Aktualitätsdebatten zu beantragen. Ausserdem können Mitglieder der marokkanischen Delegation sodann als Berichterstatterin bzw. Berichterstatter ernannt werden.



©CoE

2. Wortmeldungen von Mitgliedern der Schweizer Delegation

Die PVER verabschiedete eine **Resolution**, die zur **Beendigung der humanitären Krise in Gaza** aufruft, unter der besonders die Frauen, Kinder und Geiseln zu leiden haben. Sie verurteilte mit dieser auf der Grundlage eines Berichts von Saskia Kluit (Niederlande, SOC) ausgearbeiteten Resolution den terroristischen Angriff der Hamas gegen Israel vom 7. Oktober 2023 erneut aufs Schärfste und verlangte die unverzügliche Freilassung und Rückkehr aller nach wie vor festgehaltenen Geiseln. Die PVER begrüßte den Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens zwischen Israel und der Hamas und rief alle Seiten dazu auf, die vereinbarten drei Schritte hin zu einem nachhaltigen Frieden mitzugehen. In der Resolution wurde ferner festgehalten, dass die militärische Intervention Israels im Gazastreifen eine humanitäre Krise ausgelöst hat, die nicht als



NR Nik Gugger ©CoE



NR Alfred Heer ©CoE



NR Valérie Piller Carrard
©Parlamentsdienste

neue Normalität akzeptiert werden kann. Die Wintermonate hätten die bereits unmenschlichen und unwürdigen Bedingungen noch einmal verschlimmert. Die Debatte über den Resolutionsentwurf war stark polarisiert und es wurden zahlreiche Änderungsanträge eingereicht. Die Nationalräte [Niklaus-Samuel Gugger](#) (EVP, ZH) und [Alfred Heer](#) (SVP, ZH) sowie Nationalrätin [Valérie Piller Carrard](#) (SP, FR) beteiligten sich an der Debatte, in der sie aber unterschiedliche Ansichten zum Resolutionsentwurf vertraten.

Von der einen Seite wurde der Bericht als zu einseitig kritisiert, da viele der darin zitierten Zahlen vom Hamas-kontrollierten Gesundheitsministerium in Gaza stammten und die Massnahmen Israels zur Vermeidung einer humanitären Krise nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Die andere Seite verwies auf Aussagen von Mitarbeitenden von vor Ort tätigen internationalen Hilfsorganisationen, gemäss denen die Bevölkerung im Gazastreifen über keine ausreichende Gesundheitsversorgung mehr verfüge, da der Krieg das Gesundheitssystem quasi komplett zerstört habe.



SR Marianne Binder-Keller
©Parlamentsdienste



NR Damien Cottier ©Parlamentsdienste

Die PVER befasste sich im Weiteren mit der **Bedeutung eines multiperspektivischen Geschichtsunterrichts für demokratische Gesellschaften**. Ständerätin **Marianne Binder-Keller** (Die Mitte, AG) hielt in diesem Zusammenhang fest, dass Bildung eine wirksame Barriere gegen Totalitarismus und Extremismus darstellt. Nationalrat **Damien Cottier** (FDP, NE) betonte, wie wichtig es für den Schutz der Demokratie ist, dass jede Bürgerin und jeder Bürger über die Kompetenzen verfügt, Ereignisse verstehen und in einen geschichtlichen Kontext einordnen zu können.

In der Debatte über die **Immigration als eine mögliche Antwort auf die demografische Alterung Europas** zeigte Nationalrätin Valérie Piller Carrard die Zusammenhänge zwischen Immigration, Sozialschutzsystem, Gesundheitssystem, Arbeitsmarkt und demografischer Alterung auf. Die PVER rief die Mitgliedstaaten des Europarates dazu auf, ihre Bemühungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu intensivieren.

Die Nationalrätinnen **Valérie Piller Carrard** und **Sibel Arslan** (Grüne, BS) ergriffen beide in der Debatte über **die anhaltenden Herausforderungen, denen Frauen bei der Erreichung von Gleichstellung in der Wirtschaft gegenüberstehen**, das Wort. Valérie Piller Carrard unterstrich die Bedeutung dieses Themas angesichts des geringen Fortschritts in diesem Bereich. Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau stehe noch immer auf wackligen Füßen und geschlechterbedingte Vorurteile bestünden weiterhin. Auch Sibel Arslan bezeichnete die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau als sehr fragil und verwies auf die negativen Auswirkungen von strukturellen Ungleichheiten wie beim Lohn und bei der Aufgabenteilung.

Nationalrätin **Valérie Piller Carrard** und Nationalrat **Alfred Heer** hatten Gelegenheit, sich in der Debatte über die **Reglementierung der Inhaltskontrolle auf sozialen Netzwerken zum Schutz der Meinungsäusserungsfreiheit** zu Wort zu melden. Valérie Piller Carrard sprach sich für den zur Abstimmung stehenden Resolutionsentwurf aus und erklärte,



NR Sibel Arslan ©CoE

dass die Inhaltskontrolle für die sozialen Netzwerke erforderlich ist und zudem die Meinungsäusserungsfreiheit und die Qualität der Informationen gewährleistet. Alfred Heer betonte, dass die Möglichkeit, seine Meinung in den sozialen Netzwerken frei zu äussern, nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance darstellt, und dies obwohl die Mehrheit dieser Netzwerke von den grossen Global Playern kontrolliert würde.

Roland Rino Büchel (SVP, SG) ergriff das Wort in der **Debatte über Long Covid und das Recht auf Gesundheit**. Er hielt fest, dass Long Covid nicht nur eine medizinische, sondern auch eine gesellschaftliche Krise ist. Er rief deshalb dazu auf, die Forschung zu diesem Thema zu intensivieren und den Betroffenen so zu helfen, gesund zu werden und wieder am Erwerbsleben teilhaben zu können.



NR Roland Rino Büchel ©Parlamentsdienste

3. Ansprachen vor der parlamentarischen Versammlung



Alain Berset, Generalsekretär © CoE

- Der Generalsekretär des Europarates, [Alain Berset](#), hielt eine Rede vor der Versammlung, in der er die Bedeutung des Dialogs hervorhob. «Und mit Dialog meine ich einen echten Dialog, der alle Beteiligten einbezieht», verdeutlichte er. Dialog bedeute, sich auszutauschen, Argumente gegenüberzustellen, miteinander zu debattieren. Im Grunde gehe es darum, das Nachvollziehbare in der Position des Gegenübers zu finden und die eigene Sicht der Dinge, die eigene Wahrnehmung der Realität, zu verbessern. Im Gespräch könne man zum Ausdruck bringen, dass man nicht einverstanden ist, und erklären, warum dies so sei. Der Dialog biete die Möglichkeit, mit Argumenten zu überzeugen. Nationalrat [Damien Cottier](#) nutzte die Anwesenheit des neuen Generalsekretärs, um diesen danach zu fragen, was er zu tun gedenke, um die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und anderen multilateralen Organisationen zu stärken.
- Im Rahmen des luxemburgischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates hielt der Premierminister von Luxemburg, [Luc Frieden](#), eine Rede über die Notwendigkeit und die Daseinsberechtigung des Europarates, in der er dazu aufrief, die Grundwerte, auf die man sich bei der Gründung der Organisation im Jahr 1949 geeinigt hatte, zu verteidigen. Dies sei umso wichtiger, als der Rechtsstaat und unsere demokratischen Werte immer stärker infrage gestellt würden. Auch der luxemburgische Minister für auswärtige Angelegenheiten und Aussenhandel, [Xavier Bettel](#), sprach im Namen des Ministerkomitees vor der Versammlung. Er äusserte sich zu den jüngsten Entwicklungen und legte die Prioritäten des luxemburgischen Vorsitzes im Ministerkomitee dar.
- Der ökumenische Patriarch [Bartholomäus I.](#) sprach in seiner Rede davon, dass das ethische Gewissen nicht nur eine Frage der religiösen Überzeugungen ist, sondern eine Frage des Respekts der universellen Menschenwürde.
- Der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, [Marko Bošnjak](#), hielt eine Rede im Rahmen der Debatte über die Notwendigkeit einer neuen regelbasierten internationalen Ordnung, in der er die PVER als politischen Motor des Europarates und als politische Wächterin über die Menschenrechte und die Demokratie bezeichnete.

4. Wahlen während der Teilsession

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR):
Die PVER wählte [Canòlic Mingorance Cairat](#) aus Andorra und [Vasilka Sancin](#) aus Slowenien zu Richterinnen des EGMR sowie [Vahe Grigoryan](#) aus Armenien zum Richter des EGMR.



Richter am EGMR © CoE

5. Besondere Anlässe

80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau

Am Mittwoch, 29. Januar 2025, fand im Plenarsaal des Europarates ein Sonderprogramm zum **Gedenken an den 80. Jahrestag** der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau statt. Im Rahmen der Zeremonie hatten der Generalsekretär des Europarates, die Präsidentinnen und Präsidenten der PVER-Fraktionen, die Roma- und Fahrendenvertreterin Georgina Laboda und der LGBTI-Vertreter Tim Stefania Gelegenheit, einige Worte an die Anwesenden zu richten. Die Hauptrede hielt der Präsident des Yad-Vashem-Rates, Grossrabbiner Israel Meir Lau. Nach seiner Rede durften ihm sechs Sekundarschülerinnen und -schüler jeweils eine Frage stellen. Die Zeremonie endete mit einer Schweigeminute und der Niederlegung von Kränzen am Mahnmal auf dem Vorplatz des Palais de l'Europe.



Kranzniederlegung anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des Lagers Auschwitz-Birkenau ©CoE

Lancierung einer parlamentarischen Allianz für freie und faire Wahlen

Die PVER lancierte eine **parlamentarische Allianz für freie und faire Wahlen**. Diese innovative Initiative, hinter der 75 Mitglieder der PVER – darunter die Nationalräte Damien Cottier und Pierre-Alain Fridez (SP, JU) – sowie institutionelle Vertreterinnen und Vertreter stehen, hat das Ziel, die Integrität von Wahlen zu schützen und die demokratischen Prozesse in ganz Europa zu stärken.



(v.l.) NR Pierre-Alain Fridez, NR Sibel Arslan und NR Alfred Heer und andere Mitglieder der PVER bei der Gründung der parlamentarischen Allianz für freie und faire Wahlen ©CoE

Treffen mit dem Generalsekretär des Europarates

Am Dienstagabend wurde die Schweizer Delegation vom Generalsekretär des Europarates, Alain Berset, zum Abendessen empfangen. Dabei wurde über die Schwerpunkte der Schweizer Delegation während der Wintersession der PVER und der Schweiz im Europarat sowie über die Herausforderungen des Mandats als Generalsekretär gesprochen.

Besuch einer Delegation des Bundesgerichts beim Europarat und EGMR

Der neue Präsident des Bundesgerichts, François Chaix hat mit einer Delegation des Bundesgerichts den Europarat und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte besucht. Im Rahmen dieses Besuchs hatten die Mitglieder der Schweizer Europaratsdelegation Gelegenheit sich bei einem Arbeitssessen mit den Vertreterinnen und Vertretern des Bundesgerichts auszutauschen. Neben dem Bundesgerichtspräsidenten nahmen an dem Austausch auch die Bundesrichterin Julia Hänni, der Bundesrichter Stephan Haag und der Generalsekretär des Bundesgerichts Nicolas Lüscher teil. Das Treffen wurde organisiert von Botschafter Claude Wild, ständiger Vertreter der Schweiz am Europarat.

Besucherguppen aus der Schweiz

Während der ersten Teilsession besuchten folgende Gruppen den Europarat, verfolgten Debatten der Parlamentarischen Versammlung und hatten die Gelegenheit, sich mit Mitgliedern der Schweizer Delegation auszutauschen:

- Schülerinnen und Schüler aus dem Lycée Blaise-Cendrars aus La Chaux-de-Fonds
- Konfirmandinnen und Konfirmanden der Reformierten Kirche Burgdorf
- Schweizerischer Weinbauernverband SWBV

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlament



ERD

Sekretariat der Schweizer Parlamentarierdelegation
bei der Parlamentarische Versammlung des Europarates
CH-3003 Bern
erd.dce@parl.admin.ch
parl.ch

31. Januar 2025